

### Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 05.11.2012

#### **Was tut die Landesregierung zur Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie des Standorts Emden der SIAG Nordseewerke?**

Bei den 700 Beschäftigten und 45 Auszubildenden der SIAG Nordseewerke Emden geht nach der öffentlich bekannt gewordenen Weigerung der CDU/FDP-Landesregierung vom 10. Oktober 2012 zur Übernahme einer neuen Landesbürgschaft für das traditionsreiche Unternehmen - nach dem Ausstieg der ThyssenKrupp AG aus dem Unternehmen vor drei Jahren und dem damit einhergehenden Abbau Hunderter Arbeitsplätze - wiederum die Zukunftsangst um. Die Beschäftigten und Auszubildenden sowie der Betriebsrat der SIAG Nordseewerke Emden protestieren seit dem 10. Oktober 2012 Seite an Seite mit Gewerkschaften, mit Betriebsräten weiterer regionsansässiger Unternehmen, mit dem Stadtrat Emden sowie mit der Landtagsopposition für die Sicherung des Standorts sowie ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Es fanden zwischenzeitlich Spitzentreffen mit dem Ministerpräsidenten David McAllister, CDU, am 15. Oktober 2012 sowie danach mit den für die Bürgschaftsablehnung verantwortlichen Ministern Jörg Bode, FDP, und Hartmut Möllring, CDU, statt. An diesen Treffen nahmen jeweils auch Vertreter der NORD/LB teil. Nicht einmal 48 Stunden nach dem Treffen beim Ministerpräsidenten meldete die Geschäftsführung der SIAG Nordseewerke Emden beim zuständigen Amtsgericht Insolvenz an, obwohl David McAllister noch am 15. Oktober erklärt hatte, dass dies die schlechteste aller Lösungen für die SIAG Nordseewerke Emden sei.

Nach Medienberichten verschärft sich die Situation der SIAG Nordseewerke Emden und ihrer Belegschaft zusehends. Das zeigt sich vor allem nach der Absage eines Insolvenzcredits seitens der NORD/LB, so auch ndr.de vom 27. Oktober 2012. Damit sei nach Medieninformationen weiterhin ungeklärt, wie der Großauftrag des Emdener Unternehmens für den Windpark Global Tech I finanziell abgesichert sei. Auch in der Frage der Gewinnung eines geeigneten Investors für das Emdener Offshoreunternehmen werden seitens der Landesregierung und der Geschäftsführung des Emdener Unternehmens der Öffentlichkeit bislang keine Ergebnisse präsentiert.

Das gesamte Krisenmanagement der Landesregierung wird von der Landtagsopposition kritisiert. Auch der Vorschlag des DGB-Landesbezirkes Niedersachsen für eine Landesbeteiligung am Unternehmen wurde von der Landesregierung bislang ebenso abgelehnt wie der von Teilen der Landtagsopposition nach Einrichtung einer Transfergesellschaft für Beschäftigte der SIAG Nordseewerke.

Nach Aussagen der Landesregierung sei für die Entscheidung über eine neue Landesbürgschaft für die SIAG Nordseewerke vor allem ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers, PwC, ausschlaggebend gewesen. Offen ist allerdings, wie intensiv sich die Landesregierung mit diesem Gutachten befasst haben kann und ob auch Alternativgutachten eingeholt wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viel Zeit hat die Landesregierung dafür verwendet, um vor der Entscheidung, keine neue Bürgschaft für die SIAG Nordseewerke Emden zu übernehmen, das Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC zu prüfen?
2. Warum hat die Landesregierung neben dem Gutachten von PwC keine anderen Gutachten zur Situation des Emdener Unternehmens eingeholt und geprüft?

3. Welche Unternehmen an welchen Standorten mit jeweils wie vielen Arbeits- und Ausbildungsplätzen wären bundesweit nach Einschätzung der Landesregierung von einer Insolvenz des Unternehmens in Ostfriesland betroffen?

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin